

Dresdner Volkszeitung

Polstschloß: Dresden, Haber & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontakto: Gebr. Arnold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Gut und Best" für einen halben Monat 100 Goldpfennig Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Melamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Goldpf.

Nr. 275

Dresden, Dienstag den 25. November 1924

35. Jahrg.

Alles um Geld!

Wahlaufruf des Unternehmertums

Berlin, 25. November. (Fig. Trahtm.) Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, E. V., wendet sich in einem Rundschreiben an die Arbeitgeberverbände, um ihr Verhalten bei der Wahl zu geben. Die Vereinigung, so heißt es da, sieht es als ihre Pflicht an, die Arbeitgeberverbände aufzufordern, diejenigen Parteien, welche gegen die grundsätzliche Aufstellung der deutschen Wirtschaft arbeiten und eingestellt sind, zu bekämpfen, sowohl materiell wie ideell. Für die Unterstützung einzelner Abgeordneter und Parteien werden folgende allgemeine Gesichtspunkte gegeben:

Die Wahl am 7. Dezember ist anscheinend für die ganze weitere Entwicklung des Volkes, des Staates und der Wirtschaft wichtig. Es geht um den Kampf zwischen internationaler Weltanschauung und dem Streben einer Erhaltung nationaler Staats- und Wirtschaftsauffassung, um einen Kampf zwischen nichtdeutschem und deutschem Denken. Der deutschen Arbeitgeberverbände — sie mag politisch ungenau sein, wie sie will — ist hiermit die Linie für den Wahlsieg gegeben. Es geht bei dem Wahlsieg um die deutsche Wirtschaft, um die Erhaltung des Dawes-Gutachtens innerpolitisch die besten Durchführungs- und zur Befestigung der Wirtschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch tatsächlich durchgeführt werden. Es geht um die Würde der deutschen Arbeitgeberverbände und um die Würde ihrer Verbände, in erster Linie um die Würde der Arbeitgeberverbände und ihrer Abgeordneten zu helfen, die sich mit den Forderungen der Arbeitgeberverbände einverstanden erklären und an deren Verwirklichung mitarbeiten wollen. Daher ist es notwendig, daß die Arbeitgeberverbände und ihre Verbände sich nicht sowohl wie begünstigt und durch die Parteien und ihre Kandidaten, wie auch mit den einzelnen Abgeordneten, soweit sie nicht gegeben ist, sofort in Verbindung setzen, um deren Grundeinstellung zu erfahren.

Die Industrie hat schon genug Geld gegeben, im Staats- und Gemeinwohl, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Wir haben aber in der Vereinigung unserer Arbeitgeberverbände stets den Wunsch vertreten, daß wir das Industrieinteresse heute am besten unterstützen, wenn wir uns für einen starken Staat einsetzen. Wir können daher verlangen, daß im Rahmen des Staats- und Gemeinwohls die bürgerlichen Parteien und ihre Abgeordneten sich von uns und unseren Arbeitgeberverbänden vorgelegten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet nicht abwenden. Kein Abgeordneter dürfte sich bei Annahme dieser Forderungen etwas vergeben. Wir hoffen unsere Stellungnahme kurz zusammen:

Kampf gegen den Internationalismus, der verkümmert, daß ein internationaler eingestelltes Deutschland nur dann zur Geltung kommen kann, wenn der Staat gelüftet, auf eine gesunde Wirtschaft, derher zur Wache und Deutschland, selbst ein mächtiges Staatswesen, wieder zu Weltgeltung und Gleichberechtigung kommt.

Ein politisch wie wirtschaftlich schwaches Deutschland wird nur auf dem Gebiete internationaler Sozialpolitik immer im Nachteil sein. Deshalb werden wir uns heute

besonders dagegen, uns international in der Gestaltung unserer Innenpolitik und vor allem unserer Sozialpolitik festzulegen.

Das Ziel muß vielmehr die Erhaltung einer freien deutschen Wirtschaft als der Grundlage eines gesunden Staatswesens sein. Wahrheit, Vernunft und gesunde Wirtschaftstendenzen müssen sich gegen internationale Parteien marxistischer Weltanschauung und radikaler Utopien wehren.

Aus dem Inhalt des Rundschreibens erfährt man dann noch, daß Flugblätter, Broschüren usw. den Mitgliedern zugänglich beziehungsweise in Arbeit sind. Ueberhaupt stehen Propagandamaterial und sachliche Unterlagen über alle Arbeitsgebiete der Sozialpolitik für die Informationen der eigenen Mitglieder wie für die Öffentlichkeit im größten Umfang für die Verbände bereit. Desgleichen steht die Geschäftsführung der Vereinigung für Auskünfte über alle Fragen der Wahl, Propaganda der Parteien, Kandidaturen und zur Weiterleitung von Geldmitteln an die richtigen Stellen zur Verfügung. Unterzeichnet ist dieses Unternehmertums-Korruptionsschreiben: Für den Vorstand durch I. V. Vossig. Für die Geschäftsführung durch Dr. Längler und von Jengen.

Das vorstehende Schreiben trägt einen ähnlichen Charakter wie jenes kürzlich veröffentlichte, in dem die Unternehmer das Kapital mobilisieren (und das von uns Donnerstag den 20. November veröffentlicht wurde. Red. d. Dr. Volks.)

Dieses Rundschreiben zeigt dem deutschen Volk die ungeheuren Gefahren, vor denen es steht. Der Kapitalismus öffnet seine Geldschränke, um alle die Abgeordneten und Parteien finanziell zu unterstützen, die bereit sind, die Wünsche und Interessen des deutschen Arbeitertums zu vertreten. So vorsichtig dies das Rundschreiben auch ausdrückt, so ist doch die ganze Brutalität ausbeuterischer Geldschränke jedem klar. Jeder glaubt die industriellen Arbeiter, nach Möglichkeit, sie können politisch denfährliche Werte mit dem Loben, der Internationalisten täuschen? Das deutsche Unternehmertum hat bis heute noch nicht gegen die zunehmende internationale Par-

tellierung der Industrie protestiert, und wenn es sich mit den Kapitalisten anderer Länder verbünden könnte, um den Achtstundentag auf internationalem Wege abzuwürgen, so würde es sich das einige Messen kosten lassen. Aber daß die Arbeiterklasse auf internationalem Wege Sozialpolitik treiben will, daß sich die sozialistischen Parlamentarier aller Länder dafür einsetzen, daß unter solchem Druck das Washingtoner Abkommen entstanden ist, das durch internationale Regelung, auch die deutsche Gesetzgebung für den Achtstundentag verpflichten will — diesen sozialpolitischen Internationalismus hoffen die Arbeitgeberverbände, die hier zur Wahl unter schwerindustrieller Führung aufmarschieren.

Unter nationaler Wirtschaft, unter nationaler Staats- und Wirtschaftsauffassung verstehen sie jene Auffassung, die den Unternehmer als den unumschränkten Herrn im Hause gelten läßt. Unter „internationalen Phrasen“, „marxistischer Weltanschauung“ und „radikalen Utopien“ verstehen sie alle Gedanken und Forderungen, die sich gegen die Willkürherrschaft des Kapitalismus richten. Trotz allen sprachlichen Verschleiernungen ist selten nachter als hier erklärt worden, wie sehr die Politik von der deutschen Industrie als ein Handelsgeschäft betrachtet wird. Die Parteien und Abgeordneten, die aus den kapitalistischen Geldschränken geistert werden wollen, sollen sich sozusagen kontraktlich verpflichten, im Interesse ihrer Geldgeber zu arbeiten. Man wird sich daraufhin im künftigen Deutschen Reichstag die Abgeordneten der reaktionären Parteien genau ansehen müssen und man wird den bürgerlichen Parteien und Abgeordneten schon im Wahlsieg die Frage vorlegen müssen, ob sie während der Wahl Geld von den Industriellen erhalten und welche Zusicherungen sie für die Korruptionsschüsse geleistet haben.

Alles für Geld! Das ist die Wahlparole der sozialreaktionären Industriellen. Sie wollen ein Parlament, das mit indirekten Steuern aus den Massen die Kosten des Dawes-Gutachtens herauspreßt. Sie haben für solche nationalen Willkür kein Geld übrig, denn sie brauchen es, um Abgeordnete, Parteien, das Parlament, die Gesetzgebung und andre Glieder der Nation zu kaufen.

Wähler und Wählerinnen! Ihr habt am 7. Dezember zu entscheiden, ob Deutschland von der Willkür des kapitalistischen Geldsacks oder vom Willen des Volkes regiert werden soll!

Die soziale Lage der Massen

H. F. Es gärt und brodet in der Tiefe. Die werktätigen Massen, die mit ihrer Hände und ihres Geistes Kraft die ganze Gesellschaft tragen, melden etwas energischer als bisher ihren Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz an. Das Unternehmertum und seine willfährige Presse bekommen es mit der Angst zu tun. Man spricht von einer „Bedrohung der schwergeprüften deutschen Wirtschaft“ und dergleichen. Und winkt die mehr Rechte auf Leben und Kultur fordernden Arbeiter ab. Dabei entwirrt aber selbst Unternehmernorganen das Gedächtnis, daß die Lebenshaltung und die Existenzmöglichkeit der deutschen Arbeiter zur Zeit, verglichen mit den letzten Jahren vor dem Kriege, weit unter pari steht. So gab zum Beispiel die Deutsche Bergwerkszeitung erst vor etwa drei Wochen zu, daß der ungelernete Arbeiter im Vergleich seines Arbeitseinkommens mit dem Jahre 1913 jetzt 25 Prozent schlechter gestellt ist. Und noch schlimmer steht es mit dem gelerten Arbeiter aus, bei dem das genannte Maß sogar eine Verschlechterung um 36 Prozent zuzieht. Ein ähnliches Bild entwickelt sich aus den Zahlen, die das Statistische Reichsamt über den Lebenshaltungsindezes auf die Monate Januar bis mit Oktober 1924 mitteilt. Die Reichsbudgetmitteln zeigen allerdings im Vergleich mit der Entwicklung der Löhne ein etwas günstigeres Ergebnis, als die speziellen für die Bergarbeiter. Immerhin wird aber auch für das Reich ein Sinken des Reallohnes festgestellt. Besonders in bezug auf die gelerten Arbeiter, deren Löhne wesentlich weniger sich den verkehrten Lebensverhältnissen angepaßt haben. Bei den ungelerten Arbeitern muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß deren Löhne vor dem Kriege unverhältnismäßig tief standen. Der Lebenshaltungsindezes in diesen zehn Monaten nach den Angaben des genannten Amtes, 1913 = 100, liegt, um 22 Prozent niedriger. Der teuerste Monat war der Oktober, der November dürfte wahrscheinlich noch schlimmer ausfallen. Für die Lebensmittel und sonstigen nötigen Bedarfsgegenstände sind aber die Zahlen sicher noch zu günstig, wenn man die dort mit „unbearbeiteten Werten“ abzieht, denn die letzten Beträge in der Zeit „nur“ etwa zwei Drittel der Preisnennwerte. Auch der Preis der Bekleidung wurde etwas senkt. Um die Lage der breiten unbemittelten Massen, bis weit

Deutschnationale Kandidaten

SPD. Mit der Wahrheit hat es die Rechte nie ernst genommen. Das gilt für die Volkspartei ebenso wie für die Deutschnationalen und die noch weiter rechts stehenden Parteigruppen. Duzendfach sind die Beweise, die für unsere Behauptung angeführt werden können. Neuerdings liefert der bekannte Archivar des Auswärtigen Amtes, Dr. Friedrich Thimme, ein neues Beweisstück, das sich speziell auf die Charakterstärke führender deutschnationaler Persönlichkeiten bezieht und insbesondere den Admiral v. Tirpitz betrifft. Dieser Mann, der, so oft er im Wahlkampf bisher das Wort genommen hat, der Lüge geziehen werden mußte, veröffentlichte bekanntlich vor wenigen Wochen den ersten Band seiner „Politischen Dokumente“. Es handelt sich hier lediglich um eine Zusammenstellung von Aktenmaterial, das er im Verlauf seiner Amtszeit gesammelt hat, ohne hierzu berechtigt gewesen zu sein. Thimme umschreibt dieser Verstoß wie folgt:

„Admiral v. Tirpitz ist auf keine Weise berechtigt gewesen, sich alle diese amtlichen Papiere persönlich auszuweihen und seinem Privatarchiv einzuverleihen. Er ist ebensowenig berechtigt gewesen, die ihm nicht gehörigen Papiere ohne formelle Erlaubnis der heute zuständigen Reichsbehörden, also des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums, zu veröffentlichen. Admiral v. Tirpitz weiß ganz genau, daß jeder Reichs- und Staatsbeamte verpflichtet war und ist, bei seinem Abgang aus dem Reichs- oder Staatsdienst alle amtlichen Papiere zurückzugeben. Gewissenhafte Staatsmänner, wie der von Tirpitz so heftig angefeindete Reichsfinanzminister v. Bethmann-Hollweg, haben in dieser Beziehung lieber des Guten zu viel als zu wenig getan und bei ihrem Abgang sogar Papiere zurückgegeben, die ungewissheit privaten Charakter trugen.“

Es handelt sich also hier um nicht mehr und nicht weniger, als um einen ausgeprochenen Betrug, den Thimme selbst als einen „großen öffentlichen Skandal“ bezeichnet. „wie ihn Deutschland überhaupt noch nicht gesehen hat“. Kein Wunder, wenn der Kritiker Thimme in diesem Zusammenhang dann an das böse Wort von Kiderlen-Wächter erinnert, der bekanntlich von Tirpitz in seinem Nachlaß sagt: „Ich halte Tirpitz für den größten D... den Berlins Plaster trägt“. Dieser Ausdruck ist eine treffende Ergänzung der Beifügung des bekannten freisinnigen Eugen Richters, der u. a. einmal im Reichstag von den Walfen sprach, die sich biegen, wenn Tirpitz zu reden beginnt.

Es ist also festzustellen, daß als deutschnationaler Kandidat zum Reichstag ein Mann präsentiert wird, der wider Recht und Gesetz gehandelt und sich eines Betruges schuldig gemacht hat, mit dem er heute schönes Geld verdient; denn es steht fest, daß sich Tirpitz seine Veröffentlichungen von der Gestaltlichen Verlagsbuchhandlung mehr als gut hat bezahlen lassen. Dabei ist es aber noch sehr zweifelhaft, daß er es über sich gebracht hat, auch seine Partei am dem Verdienst zu beteiligen; denn Idealismus besitzt Tirpitz ebensowenig wie Charakter. Gerade deshalb ist er aber reif für eine deutschnationale Kandidatur.

in das Kleinbürgertum hinein, richtig zu würdigen und zu verstehen, ist besonders die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten zehn Jahren, seit Beginn des Krieges, in Betracht zu ziehen. Da aber steigt das graue Glend heraus! Die sowieso schon ärmlichen und erbärmlichen Haushalte dieser Unbemittelten sind in vielen Fällen heruntergewirtschaftet bis zum Neuesten. Es konnte viele Jahre lang und kann oft auch jetzt noch nichts angebracht, Verschiffenes ersetzt werden. Während Kriegs- und Inflationsgewinnler Sachwerte über Sachwerte ansammelten und so mehr oder weniger große Vermögen stabilisierten, wurde Raubbau an der Arbeitskraft, an der Gesundheit der Massen getrieben; wurde ihnen auch das Wenige, was sie bekamen, bis auf ein Minimum genommen. Diese ungeheure Verschiebung der sozialen Lebensbedingungen zugunsten einer kleinen Schicht und zuungunsten der werktätigen Bevölkerung — das ist das Bemerkenswerteste der Gegenwart.

Wie steht es denn mit der Gesundheit, der Leistungsfähigkeit der Massen? Nach den Untersuchungen und Feststellungen der bekannten Ernährungswissenschaftler Rubner und Voit war im Jahre 1923 der Zustand katastrophal! Und seitdem ist es im allgemeinen kaum viel besser geworden. Die fortwährende wirtschaftliche Unsicherheit, das Chaotische der Verhältnisse beeinträchtigen besonders auch die Arbeiterklasse in dem Bestreben nach Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse. Jetzt endlich, nachdem durch Annahme des Reparationsgutachtens eine Konsolidierung der Wirtschaft sich andeutet, können die Arbeiter mit Aussicht auf mehr Erfolg daran gehen, ihre berechtigten Ansprüche an das Leben geltend zu machen. — Die Ernährungsverhältnisse der breiten Schichten haben sich nach den wissenschaftlichen Untersuchungen der beiden genannten Gelehrten in den letzten zehn Jahren in Deutschland geradezu erschreckend gestöhrt! Der erwachsene Mensch braucht bei rationaler Ernährung mindestens 20 Kilogramm Fleisch im Jahre. Schon im Jahre 1912 betrug der Durchschnittsbedarf des Verbrauches an Fleischwaren in Deutschland nur 44,3 Kilogramm; im Jahre 1923 jedoch war er bis auf sage und schreibe 21,1 Kilogramm gesunken. (Während man im Jahre 1923 für Amerika einen Durch-